

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3.20 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration Sonntagsbeilage „Zeit und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Stadtbilder“, „Krautkammer“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Berichte“, „Blick in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Leserbriefe“ wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Sonntagsbeilage 10 Pfennig, Reichsmark 2. — Reichsmark. „Reine Anzeigen“ des leitenden Wortes 25 Pfennig (einstufig zwei leitende Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Siebengestalt das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Betreiber: Dönhoff 192-197 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 57536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Berlin, G. Disconto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Nachrichtensperre über Litauen.

Sturz der Faschistenregierung? — Der Konflikt mit Polen vor dem Völkerbund.

Über Litauen ist offenbar eine völlige Nachrichtensperre verhängt. Die letzte Meldung gesteht nach wie vor, daß in Romno Aufreife zu einem bewaffneten Aufstand gegen die Pilschistenregierung auf den Straßen verübt wurden. Seitdem ist aus Romno weder direkt noch auf dem Umwege über Warschau oder Riga eine Nachricht nach Berlin gelangt. Auch aus dem Memelgebiet liegen keinerlei Berichte vor.

Wie wir erfahren, sind der Reichsregierung Beweise dafür, daß von Wilno aus mit Unterstützung Polens ein Eindringen bewaffneter litauischer Truppen und eine schwere Gefährdung der Unabhängigkeit Litauens durch polnische feindliche Absichten zu befürchten seien, nicht zugegangen. Das Reichskabinett hat sich am Freitagabend auch nur mit innerpolitischen Angelegenheiten beschäftigt, der Außenminister hat an der Sitzung gar nicht teilgenommen, woraus sich zur Genüge ergibt, daß man sich mit der litauischen Frage nicht beschäftigt hat und ganz gewiß nicht irgendeine Aktion in dieser Sache beschließen haben kann.

Zwischen Litauen und Polen schwebt zunächst der Schulkonflikt; ihn behandelt eine Beschwerde der litauischen Regierung an den Völkerbund, die auf der Tagesordnung der bevorstehenden Naftigung steht. Litauen betrachtet sich auch immer als im Kriegszustand mit Polen befindlich, Polen umgekehrt aber nicht, so daß man es mit der eigenartigen Tatsache eines einseitigen Kriegszustandes zu tun hat. Die Westmächte haben wiederholt in Romno dahin gewirkt, daß man mit diesem Zustand ein Ende mache, haben es aber nicht erreicht. Schließlich sind neuerdings jene Befürchtungen aufgelebt, die besonders von Moskau und auch von Riga her unterstrichen werden, daß nämlich mit polnischer Hilfe bewaffnete litauische Truppen aus dem Wilnagebiet eine Offensive gegen die Pilschistendiktatur in Litauen unternehmen und daß daraus eine Befreiung und sogar Annexion Litauens durch Polen hervorgehen könnte. Wie schon erwähnt, sind der Reichsregierung Beweise für eine solche Gefahr nicht zugegangen — auch nicht von Romno.

Die Reichsregierung sieht sich zurzeit nicht veranlaßt, irgendeine Initiative in dieser Sache zu ergreifen, wenn sie natürlich auch an der Aufrechterhaltung des Friedens im Osten das größte Interesse hat. Wenn andere Großmächte Verhandlungen über diese Ostkonflikte anregen sollten, so wird Deutschland dann dazu Stellung zu nehmen haben.

Warschau über die Berliner Besprechungen besorgt.

Warschau, 26. November.

Die Sowjetunion wird hier in etwas abgeänderter Form veröffentlicht. Ausgelassen ist der Satz, in welchem die Sowjetregierung auf „die ungeheure Gefahr“ aufmerksam macht, die dem Frieden durch einen Angriff gegen die Unabhängigkeit Litauens drohen müßte. Auch der Passus von dem Interesse der Sowjetregierung an der Verhütung blutiger Auseinandersetzungen ist fortgelassen. Die Presse zeigt sich teilweise erregt über die Besprechung, die zwischen Litwinow und Dr. Stresemann über die litauische Frage stattgefunden hat. Soglich gehalten ist ein Artikel der „Warschawianka“, die zwar den polnischen Standpunkt sowohl in der Wilnofrage wie im polnisch-litauischen Konflikt vertritt, jedoch zugibt, daß die polnische Regierung im Wilnagebiet schwere Fehler begangen hat.

Die Sowjetunion als Vermittler.

Eine ungewöhnliche Friedensaktion.

Paris, 26. November.

Die Agentur Havas veröffentlicht den Wortlaut der Note der Sowjetregierung, die am 24. November der polnischen Regierung zugestellt wurde:

Die in der letzten Zeit gespannten Beziehungen zwischen Polen und Litauen, die eine Bedrohung für den Frieden bedeuten, beunruhigen die Sowjetregierung. Diese kann nur alarmiert werden durch die Entwicklung eines Konfliktes, der voll enfter Komplikationen ist und zu einem neuen Blutvergießen und neuen Beiden für Millionen von Arbeitern ganz Europas führen kann. Ohne zum Kern des Zwistes vordringen zu wollen, der Polen und Litauen veruneinigt, legt die Sowjetregierung Gewicht darauf, daß die Aufrechterhaltung des Friedens viel mehr von Polen als von Litauen abhängt. In der Tat kann letzteres Land angesichts seiner Hilflosigkeit nicht die Vermittlung seiner Aspirationen in einem bewaffneten Konflikt mit Polen suchen. Die Sowjetregierung hat auch nicht verfehlt, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Regierung von Litauen auf die Notwendigkeit zu lenken, jede Handlung zu vermeiden, die eine an sich schon zu gespannte Lage verschärfen könnte. Die Sowjetregierung ist davon fest überzeugt, daß man sämtliche strittigen Punkte zwischen diesen beiden Staaten durch rein friedliche Mittel lösen kann. Indessen verschärft sich die Ver-

stimmung zwischen beiden Ländern fast täglich und die Gerüchte von einem möglichen bewaffneten Konflikt alarmieren immer mehr die öffentliche Meinung aller Länder. Die öffentliche Meinung der Sowjetrepublik wird besonders beunruhigt durch die Tatsache, daß in der seriösen polnischen Presse, ohne von kompetenter Seite demontiert zu werden, Nachrichten erschienen sind, daß die polnische Regierung entschlossen sein soll, radikal den Knoten der polnisch-litauischen Beziehungen zu zerhacken.

Ohne untersuchen zu wollen, inwiefern all diese alarmierenden Nachrichten wohl begründet sind, steht sich die Sowjetregierung, die der unmittelbare Nachbar Polens und Litauens ist und deshalb besonders an der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa interessiert ist, gezwungen, ganz besonders die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die ungeheuren Gefahren zu lenken, die ein eventuelles, von irgend einem Lande gegen die Unabhängigkeit Litauens begangenes Attentat bedeuten würde, in welcher Form es auch geschehe. Sie gibt der Gewißheit Ausdruck, daß die polnische Regierung, die noch jüngst sehr feierlich ihre Friedensliebe betont hat, die drohende Kriegsgefahr zu vermeiden wissen wird.

Hauseinsturz in Alt-Berlin.

Das Haus An der Fischerbrücke 13 mußte geräumt werden!

Gestern mußten wie von einem drohenden Hauseinsturz in der Or. Franziskaner Straße berichten. Heute mittag kam wieder die Nachricht von einem ähnlichen Fall aus Alt-Berlin. An der Fischerbrücke, die sich längs der Spree hinzieht, unweit der südlichen Sparten, ereignete sich der Einsturz der Vorderfassade des Grundstücks an der Fischerbrücke 13. Es ist ein altes Bauwerk, zu dessen Bau vor etwa 200 bis 250 Jahren der erste Spaltenstock getan wurde. Heute morgen stürzte in einer Höhe von mehreren Metern die Fassade ein. Große Steinblöcke wurden mit in die Tiefe gerissen; ein Längsträger liegt völlig frei; die übrige Fassade weilt vom Erdgeschoß bis zum Dach meterlange und zentimeterbreite Risse auf. Wie von Stoboberbaureut Fischer, der an der Unfallstelle erschien, festgestellt wurde, sind vor einigen Tagen Mauerarbeiten an der Fassade in Angriff genommen worden. Offenbar ist nicht mit der nötigen Vorsicht gearbeitet worden, so daß sich heute vormittag größere Steinmassen lösten, den eisernen Träger freilegten und das ganze Haus in Einsturzgefahr brachten.

Die alarmierte Feuerwehr, die mit mehreren Löschzügen und Spezialfahrzeugen an der Unfallstätte erschien, brachte sofort im Innern des Gebäudes und von der Straße her starke Verstärkungen an. Ueber eine schmale Stege gelangt man in das erste und zweite Stockwerk. Die Türen hängen schief in den Angeln und der Fußboden weist ein Gefälle auf, daß man sich nur schwer auf den Füßen halten kann. In diesen Räumen hausen die Mieter seit vielen Jahren. Das Haus ist inzwischen geräumt worden.

Amerika lehnt ein Kriegsverbot ab.

Die verlebte Ehre gibt Recht auf Angriffsrieg!

Washington, 26. November.

Im Zusammenhang mit den dieser Tage zur Debatte gestellten Vorschlägen der Senatoren Borah und Capper, den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte durch eine bindende völkerrechtliche Vereinbarung auszuschalten, wird in den Kreisen, die dem Weißen Hause nahe stehen, folgender Standpunkt eingenommen: Jedes allgemeine Uebereinkommen dieser Art würde der amerikanischen Verfassung zuwiderlaufen, die die Berechtigung zur Kriegserklärung ausdrücklich dem Kongreß vorbehält. Grundsätzlich sei selbstverständlich die amerikanische Regierung gewillt, alle Maßnahmen, die zur Befestigung des Weltfriedens beitragen könnten, zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten hätten durch den Abschluß zahlreicher Schiedsverträge und durch die zahlenmäßige Begrenzung ihrer Armee ihren ehrlichen Friedenswillen bekundet, aber ein internationaler Vertrag zur Beseitigung des Krieges würde nach heftiger Auffassung auf zu große Hindernisse stoßen, zumal befürchtet werden müsse, daß die Vereinigten Staaten dadurch zum Einmarsch in Konflikte verpflichtet werden könnten, an denen sie nicht interessiert seien. Es herrsche auch einstweilen keineswegs Uebereinstimmung hinsichtlich der Frage, welche Nation im Kriegsfall als die angreifende und damit als die verantwortliche zu gelten habe. Fragen der nationalen Ehre müßten abgelehnt als eine besondere Kategorie betrachtet werden, so daß eine Nation, die sich einem Schiedsverfahren in solchen Fragen widersetze, nicht als angreifende betrachtet werden könnte.

Wird die Lohnsteuer gesenkt?

Der Rechtsblock macht Schwierigkeiten.

Von Paul Herk.

Seit dem 13. Oktober liegt dem Reichstag ein Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor, das steuerfreie Existenzminimum für jeden Lohnsteuerpflichtigen um 40 M. monatlich zu erhöhen. Dieser Antrag stützt sich auf die sogenannte Ley Brüning. Dieses Gesetz, im Jahre 1925 erlassen, verpflichtet die gesetzgebenden Instanzen zur Senkung der Lohnsteuer, wenn ihr Auskommen in sechs aufeinanderfolgenden Monaten der Betrag von insgesamt 600 Millionen überschritten hat. Dies ist von April bis September 1927 der Fall gewesen. Die Reichsregierung hat insolge dessen wiederholt erklärt, daß sie die Ley Brüning loyal zu erfüllen gedenke und dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf rechtzeitig vorlegen werde. Bis zur Stunde aber ist dieses Versprechen nicht eingelöst worden. Die in Aussicht gestellte Vorlage ist weder dem Reichsrat noch dem Reichstag zugegangen, ja nicht einmal die Reichsregierung hat bisher einen Beschluß gefaßt.

Es ist kein Zeichen von besonderer Fürsorge der Reichsregierung für die schwerbelasteten Lohn- und Gehaltsempfänger, daß sie sich in Fragen, die für diese Kreise von ungeheurer Bedeutung sind, so furchtbar lange Zeit läßt. Großkapitalistische Schichten können mit Bestimmtheit auf eine bessere Behandlung rechnen. Der entscheidende Grund für die Verzögerung des versprochenen Gesetzentwurfs über die Senkung der Lohnsteuer ist die Tatsache, daß sich die Regierungsparteien und die Reichsregierung selbst in diesem Augenblick noch nicht klar sind, was sie dem Reichstag vorzuschlagen wollen. Die Ley Brüning hat in diesen Kreisen immer nur wenig Freunde gehabt, dagegen viele offene und noch mehr versteckte Gegner. Sie sind jetzt eifrig am Werk, um den Lohn- und Gehaltsempfängern den gesetzlichen Anspruch auf die Ermäßigung der Lohnsteuer wenigstens teilweise zu entziehen.

Das dürfte um so größere Erbitterung in den betroffenen Kreisen hervorrufen, als die Ley Brüning für Meinungsverschiedenheiten über ihre Ausführung nur geringen Spielraum läßt. Dieses Gesetz bestimmt nämlich ausdrücklich, daß die Ermäßigung der Lohnsteuer erfolgen muß durch die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages und der Kinderermäßigungen. Das ist im Jahre 1925 beschlossen worden, weil man eine Sicherheit dafür schaffen wollte, daß als Ausgleich für die Entlastung der großen Einkommen künftig auch die kleinen und kleinsten Einkommen bedacht werden. Gerade hiergegen sträuben sich jetzt die Regierungsparteien, die dabei durch das Reichsfinanzministerium und durch einige Länderregierungen unterstützt werden.

Sie alle sträuben sich gegen eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages. Statt dessen soll neben einer geringfügigen Erhöhung der Familienermäßigungen eine Senkung des Steuerfußes von 10 Proz. auf sage und schreibe 9 Proz. vorgenommen werden. Dieser Vorschlag ist keine Erfüllung der Ley Brüning. Er weicht bewußt von ihr ab, er durchkreuzt ihre Absichten und wäre insolge dessen nicht viel anders zu beurteilen als eine Richtekämpfung dieses gesetzlichen Versprechens. Dafür kurz einige Zahlen. Von den 19 Millionen Lohnsteuerpflichtigen sind 11,4 Millionen ledig, 1,2 Millionen verheiratet, aber kinderlos. Die Zahl der verheirateten Steuerpflichtigen mit einem Kind beträgt 1,5 Millionen, mit zwei Kindern 1,4 Millionen. 3,5 Millionen Steuerpflichtige haben drei und mehr Kinder. Nur dieser kleine Bruchteil, weniger als ein Fünftel der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen, würde von einer Erhöhung der Familienermäßigungen einen Vorteil haben, und auch dieser nur soweit, als sie nicht schon jetzt steuerfrei sind. Die übrigen 15,5 Millionen Lohnsteuerpflichtigen würden künftig lediglich 9 statt 10 Proz. Lohnsteuer entrichten müssen. Dieser Vorschlag aber ist äußerst unsozial. Er entlastet um so mehr, je höher das Einkommen ist, und benachteiligt die große Masse der gering bezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger zugunsten einer kleinen Zahl hoch bezahlter. Bei einem Monatseinkommen von 120 Mark a. B. würde durch die Senkung des Steuerfußes von 10 auf 9 Proz. die Steuerleistung von 2 Mark auf 1,80 Mark, also von 1,7 Proz. auf 1,5 Proz. sinken. Bei einem Einkommen von 300 Mark sinkt die Steuerlast von 20 Mark auf 18 Mark, also von 6,7 auf 6 Proz. und bei 700 Mark sogar von 60 Mark auf 54 Mark, also von 8,6 auf 7,7 Proz. Die absolute und relative Senkung ist also um so höher, je größer das Einkommen um so geringer, je kleiner das Einkommen ist.

Ein solcher Vorschlag ist deshalb für die Sozialdemokratie unannehmbar, zumal dadurch die Senkung der Lohnsteuer auf den Betrag von 1200 Millionen jährlich, wie das die Ley Brüning vorschreibt, ebenfalls umgangen wird. Sieht man von der Auswirkung der Familienermäßigungen ab — und das kann man, weil sie nur wenige Millionen beträgt — so ergibt sich folgende einfache Rechnung:

Wenn im Monatsdurchschnitt des Kalenderjahres 1928 125 Millionen Mark an Lohnsteuer aufkommen, so beträgt der Jahresertrag 1500 Millionen. Senkt man den Steuerfuß um 1 Proz. = 150 Millionen, so verbleibt ein Jahresertrag von 1350 Millionen statt der gesetzlich zulässigen 1200 Millionen.

Die Pläne der Rechtsparteien bedeuten also, daß die am schlechtesten bezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger die geringste Ermäßigung der Lohnsteuererlastung erhalten, und daß aus der Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger mindestens 150 Millionen Mark jährlich herausgepreßt werden sollen als das Gesetz vorschreibt.

Es scheint aber nicht einmal die Absicht zu sein, diese unerwartete Mehreinnahme für soziale Zwecke zu verwenden oder dem Fiskus zu erhalten. Nein, mit ihrer Hilfe soll eine Ermäßigung der Steuerlasten der besitzenden und leistungsfähigen Schichten durchgeführt werden. Man plant die Senkung des Einkommensteuertarifs für mittlere und hohe Einkommen, wodurch z. B. einem Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 100 000 Mark wahrscheinlich ebenso viel Steuern erlassen werden, wie ein schlecht bezahlter Arbeiter im ganzen Jahre verdient. Und diese Ermäßigung der Einkommensteuer soll allen Veranlagungspflichtigen gewährt werden mit Ausnahme der ganz wenigen Großkapitalisten, die den Höchststeuersatz erreichen! Außerdem ist geplant, die 41 Millionen Mark Vermögenssteuer, die im Jahre 1926 nicht gezahlt worden sind und zu deren Nach-erhebung man gesetzlich verpflichtet ist, einfach zu streichen!

Wir können uns nicht vorstellen, daß die Regierungsparteien glauben sollten, daß eine solche Steuerpolitik ohne heftige politische Kämpfe verwirklicht werden kann. beharrt man auf den bisherigen Absichten, dann wird auch der letzte Staatsbürger einsehen, daß Rechtsblock gleichbedeutend ist mit Besitzbürgerblock, daß man die Lammgebild der Massen, auf denen in erster Linie die Steuerlasten ruhen, auf das Größtmögliche mißbraucht. Die Sozialdemokratie warnt vor dem Versuch, diese Pläne zu verwirklichen. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des Lohnsteuerfreien Betrages um 40 Mark knüpft an das geltende Recht an, er steht in Übereinstimmung mit der finanziellen Lage des Reiches und ist erforderlich, um die seit Anfang 1926 dauernd gestiegene Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger auf das alte Maß herabzudrücken. Die Sozialdemokratie wird deshalb in Gewißheit der Unterstützung durch die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ihre sachlich berechtigten und finanziell erfüllbare Forderungen mit allen Kräften zu verwirklichen suchen.

Hoffnungsloser Fall.

Kommunistische Moral.

Vor Gericht hat der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ folgende Erklärung mit abgegeben:

„Die Angeklagten erklären: Durch die heutige Beweisaufnahme haben wir uns davon überzeugt, daß wir die gegen Herrn Stabrat Schlichting und den Verbandsvorsitzenden, Herrn Klebe, erhobenen Vorwürfe nicht anrechenbar machen können. Wir nehmen sie deshalb zurück.“

Das war am Freitag 13 1/2 Uhr. Am Sonntagabend morgen aber steht in der gleichen „Roten Fahne“, deren Redakteur diese Erklärung abgab, zu lesen:

Daß Schlichting und Klebe persönliche Vorteile aus der Preisdifferenz gezogen haben, konnte nicht bewiesen werden, deshalb hat sich der Genosse Genisch zu einem Vergleich bereitgefunden. ... Den Nebenklägern war die Erledigung durch einen Vergleich am meisten willkommen. Das beweist schon der Umstand, daß sie sich so bereitwillig verpflichteten, die

Kosten für ihre Anwälte und Zeugen zu übernehmen. Der Prozeß stellt also durchaus keine Ehrenerklärung für die Schlichting und Klebe dar.

Die Burken, die beauftragt sind, die kommunistischen Spalten zu füllen, wiederholen also den verfeumderrischen Vorwurf, den sie vor Gericht soeben zurückgenommen hatten!

Von der einfachen Anstandspflicht, nach solchem Ausgang des Gerichtsverfahrens wenigstens zu schweigen, ist bei den Kommunisten nichts zu spüren. Die Gutmütigkeit, sich mit ihnen auf einen Vergleich einzulassen und die Kosten für die eigenen Rechtsberater zu übernehmen, war, wie der Fall zeigt, durchaus verfehlt.

Auch Wirtschaftskreise gegen Schulgesetz

Eine Rundgebung der Niederrheinischen Handelskammer.

Duisburg, 26. November.

Bezeichnend für die wachsende Mißstimmung über das Schulgesetz ist die Tatsache, daß sich jetzt auch in führenden Wirtschaftskreisen der Widerstand gegen die Vorlage des Rechtsblocks zu regen beginnt. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer sah in ihrer Vollversammlung am 23. November zur Frage „Reichsschulgesetz und Wirtschaft“ folgende Entschliebung:

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-West ist der Überzeugung, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen für die im vaterländischen Interesse notwendige Hilfeleistungen der deutschen Wirtschaft die höchstmögliche Leistungsfähigkeit der deutschen Volksschule ist. Diese wird durch den gegenwärtigen Reichsschulgesetzentwurf in der von der Regierung eingebrachten Fassung ernstlich bedroht. Die Hauptgefahr liegt in der vorgeschlagenen Neuschaffung einer Fülle von kleinen und kleinsten Schulleisten der verschiedenen Arten durch- und nebeneinander, bei denen vorab weitere ausreichende Sicherheiten dafür fehlen, daß der im Entwurf von ihnen verlangte geordnete Schulbetrieb nicht tatsächlich einen beträchtlichen Rückschritt in der Schulleistung bringen wird.

Die Kammer teilt die immer mehr um sich greifenden Befürchtungen, daß die Durchführung des Reichsschulgesetzes im Rahmen des Entwurfes einen Kostenaufwand mit sich bringen wird, dessen Gesamthöhe ein bislang von Amts wegen auch noch nicht annähernd zu bestimmendes Ausmaß hat, das aber ohne Zweifel so erheblich ist, daß statt einer Ermäßigung der Steuerlast eine weitere große und zwar dauernde Mehrbelastung verurteilt wird.

Die Kammer weiß sich mit den weitesten Kreisen der deutschen Wirtschaft in der Forderung einig, daß der Entwurf nur Geseh werden darf, wenn 1. die Aufrechterhaltung der heutigen Volksschulleistungen in ihrer weiteren Steigerungsmöglichkeit unter allen Umständen gewahrt und 2. das Ausmaß der einmaligen sowie dauernden Kosten vorher ermittelt und in einer der Realage Deutschlands entsprechenden engsten, nicht überschreitbaren Grenze, festgesetzt wird.

Verwaltungsreform in Frage gestellt.

Fußangeln der Besoldungsreform des Rechtsblocks.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für den Reichshandelsrat über die Besoldungsreform wurden zunächst unter Jurid-stellung aller Abstimmungen die Gruppen III und II beraten. Gruppe III enthält Gehaltsätze von 4500 bis 7800 Mark und umfaßt in der Hauptsache die Kategorie der Regierungsräte, der Regierungsdirektoren, der Marineoberstabszahlmeister, der Postamt-männer usw. Besoldungsgruppe II beginnt mit dem Gehaltsatz von 4800 Mark, ansetzend bis auf 9600 Mark. In diese Gruppe sind eingestuft u. a. die Ministerialamtmänner, Zollräte, Steuer-räte, Posträte, Ministerialbureauksdirektoren, Bibliothekare, Pfarrer beim Heer und der Marine, Oberregierungsräte usw.

Genosse Steinlopf brachte bei der Gruppe II nochmals die Frage der Ministerialzulage zur Sprache, ob sie beibehalten oder in das Gehalt eingebaut werden solle. Er und andere Abgeordnete wiesen darauf hin, daß diese Frage für die beabsichtigte Verwaltungsreform von höchster Bedeutung sei. Es herrsche darüber Einigkeit, daß die große Zahl der jetzt den Ministerien obliegenden Auf-gaben erheblich verringert werden und ein großer Teil dieser Auf-gaben den Provinzialbehörden zugewiesen werden müsse. Das bedinge natürlich die Möglichkeit, bisherige Beamte des Mi-nisteriums in die Provinzialbehörden herauszuverleihen. Wird nun die Zulage eingebaut, dann würde es unmöglich werden, eine solche Herausverleihung von Beamten vorzunehmen und die Ministerien abzubauen. Die Verwaltungsreform würde dann bezüglich der Mi-nisterien auf einen toten Punkt ankommen. Der Ausschuss beschloß, die Frage erst in der zweiten Lesung gründlich zu erörtern und einer Lösung entgegenzusehen.

Im Laufe der Beratung machte die Reichsregierung dann noch genauere Angaben über den Gesamtbefoldungsbedarf und die Mehrkosten anlässlich der in Aussicht stehenden Besoldungsneu-regelung. Danach werden z. B. Preußen bisher für seine Beamten, Angestellten und Ruhegehaltsempfänger sowie Hüttenbesoldeten einen Betrag von 1 290 400 000 Mark auf. Ohne Berücksichtigung des in Aussicht genommenen Abbaus der örtlichen Sonderzuläge be-ziffert die Mehrkosten der Besoldungsneuordnung auf Grund der Regierungsvorläge sich auf 210 Millionen. Für Bayern sind die entsprechenden Ziffern 345,3 Millionen und 54,1 Millionen Mark, für Sachsen 192,4 Millionen und 34 Millionen Mark, für Württemberg 105 Millionen und 20 Millionen Mark, für Baden 108 Millionen und 16,5 Millionen Mark, für Hamburg 132,5 Mil-lionen und 34 Millionen Mark usw. Insgesamt bezieht sich der bisherige Befoldungsbedarf der Länder auf 2 477 585 369 Mark, die Mehrkosten der Besoldungsneuordnung insgesamt auf 406 833 600 Mark.

Industriellenkonferenz im Leunawerk.

Ein merkwürdiges Dementi der Reichsbank.

Am letzten Donnerstag hat der „Vorwärts“ von einer Zu-kunftskonferenz des Reichsbankpräsidenten mit Führern der Schwerindustrie in Leuna berichtet. Auf dieser Besprechung habe der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ein Referat gehalten und bei der nachfolgenden Diskussion hätten die Vertreter der Schwer-industrie darüber geklagt, daß die benutzte Stellung der Ge-meinden und öffentlichen Werke auf den ausländischen Kapitalmärkten die Finanzierung der Schwerindustrie unportierbar beeinfluße. Dr. Schacht habe sich in unmissverständlicher Weise gegen die Betätigung der öffentlichen Hand ausgesprochen. Diese Besprechung sei der Öffentlichkeit verborgen ge-blieben.

Ueberraschend schnell, unmittelbar nach unserer Mitteilung, hat die Reichsbank diese Vorgänge „dementiert“. Die Reichsbank teilte mit: Der Präsident sowie der Vizepräsident des Reichsbank-direktoriums haben auf Einladung der IG-Farben unlangst an einer Besichtigung der Leunawerke teilgenommen. Alle an diese Besichtigung geknüpften Vermutungen des „Vorwärts“ sind leere Kombinationen.

Wir haben das Dementi des Reichsbankpräsidenten logischerweise sofort bekannt gegeben, obwohl wir uns lebhaft wunderten, daß unsere sorgfältig überlegten und formulierten Feststellungen so auf-fallend schnell der Dementiermaschine gegenübergestellt wurden. Wir stellen heute fest, daß die von uns geschilderten Vor-gänge richtig sind und daß wir von unseren Darlegungen nichts zurückzunehmen haben.

Es müßte ein merkwürdiger Zufall sein, daß die Besichtigung der Leunawerke zugleich auch eine Besichtigung der kompetentesten Führer der deutschen Elektro-, Montan- und Chemieindustrie bedeutet. Das müßte nämlich der Fall sein, wenn es sich bei unseren Feststellungen nur um leere Kom-binationen handeln soll, wie es das Dementi des Reichsbankpräsi-denten will.

Tollers „Hinkemann.“

(Volkstümlich.)

Genst Toller hat die Komödie „Hinkemann“ vor sechs Jahren als Gesangener in der Zeitung Niederschönenfeld geschrieben. Die unheimliche Behandlung, die eine brutale Reaktion dem gefangenen Dichter zuteil werden ließ, hat offenbar in dem quälenden Vorwurf der Tragödie ihren Niederschlag gefunden. Nachdem eine sinnlose Angel dem Arbeiter Hinkemann das Gesicht entzissen hat, glaubt er sich der Bächerlichkeit preisgegeben. Er sehnt sich nach der Rührung seiner Kameraden, er sehnt sich vor allem nach der Liebe seiner Frau. Als ihn ein Schuß von Freund mit ihr betrügt, wird er an der Weltordnung irre. Hinkemann zerbricht an seinem traurigen Geschick.

Toller hat den Glauben an die Menschheit nicht verloren. Der im Festungsgefängnis unwürdig gequälte Dichter hat den „Hinke-mann“ mit seinem Herzblut geschrieben. Ein heiserer Aufschrei zittert durch die Szenen: „Seid gut zueinander, liebt euch!“ An dem tragischen Einzelschicksal will er das Verderben und die Sinnlosigkeit des Krieges, die Zerrissenheit des Proletariats zeigen. Solange die Arbeiter unter sich nicht einig sind, solange sie die Liebe von Mensch zu Mensch nicht kennen, kann kein Vorleistungsprogramm dem von der Not des Lebens bedrängten Arbeiter helfen.

Um dieses Drama der Liebe, das seine Uraufführung vor vier Jahren in Leipzig erlebt hat, ist mancher Theaterstempel entbrannt. Man wirft dem Dichter Mangel an Schamgefühl vor und kämpft in Wahrheit gegen seine Bestimmung. Und die ist nicht einmal sozialistisch im engeren parteipolitischen Gesichtskreis. Toller zeichnet die Tragik eines Einzelschicksals. Sein „Hinkemann“ quält sich mit unfrucht-baren Grübeln. Trotz der tiefen und innigen Empfindung fehlt seinem Schicksal die Allgemeingültigkeit. Manche Gedanken, die von elementarer Wucht sein sollten, wirken ausgelagert. „Hinkemann“ quält nicht nur sich selbst, er quält auch uns. Das Problem ist mit zu viel Sentimentalitäten besetzt, um zu einem sozialistischen Problem zu werden. Der getreue Proletarier will kein Mittelst.

Die „Volkstümlich am Bühnenspieler“ hat sich für die Inszenierung Ernst Toller selbst und den jungen Piscator'schüler Pönnert ver-sprochen. Rückfichtlos haben sie am Buch gestrichen, sehr zum Be-teil des Ganzen. Manche Szenen, die das körperliche Mißgeschick Hinkemanns über Gebühr in den Vordergrund rücken und den Blick ins Weite, die Ausdehnung ins Allgemeingültige verhindern würden, sind glücklicherweise weggelassen. Hinkemanns Traumbild, in dem ihm die Käse, Oberflächlichkeit und Fragensucht der Umwelt zur grauenhaften Erkenntnis wird, findet in der Aufführung erlesenen ge-geistlichen geisternen Ausdruck. Hier merkt man Piscator's Einfluß, das Eintrommen in bildhafte Eindrücke. Edward Suhr's Bühnen-bilder malen die ganze Trostlosigkeit der großstädtischen Steinwüste, in der der heutige Proletarier begraben ist.

Heinrich Georges Hinkemann ist eine außerordentliche Leistung. Er spricht die Sprache des großen hilflosen Kindes. In seinem stehenden Bild liegt das Weh des armen gepöhligen Geschöpfes. Seine aussehenden, edigen Gesten sind verzweifelter Ausdruck der Hoffnungslosigkeit. Am ergreifendsten ist er in der Wirtshauszene, in der er seine eigene Tragödie erzählt, die er aus Scham als das Schicksal seines Freundes ausgibt. Er stotzt dabei, er sucht nach Worten, wird dann wärmer und wärmer und offenbart eine Innerlichkeit und Innigkeit, die bis ins Mark reicht. Helene Weigel als Frau Hinkemann gibt eine harte, vom Leben zer-mürbte Arbeiterfrau und Frau Staude einen geschäftigen Partei-funktionär. Der Beifall war eindringlich, und George, Toller und Pönnert wurden lebhaft gerufen. Ernst Degner.

Komödie: „Die Ehe von Welt.“ Der Titel dieser englischen Ehe-somödie klingt an Hogarth an. Aber die Satire ist im modernen Gesellschaftskritik, das die Oberklasse unterhalten, aber nicht standstif-feren will, nicht mehr angebracht, und Noel Coward, betriebs-samer Schauspieler und Stückschreiber, will uns amüsieren. Leider gelingt ihm das nicht nach Erwörung (sein „Weetend“ kam dem Ziel näher). Es versteht sich am Rande, daß ein bourgeois Komödienschreiber der hochkapitalistischen Phase den zum Ge-fellschaftsproblem gewordenen Ehebruch nicht mehr patetisch nehmen, daß er ihn nicht, wie einst die Franzosen, als Menschenrecht der Frau verherlichen kann. Aber daß er so wenig Wit und Geist aufbringt, wird ihm nicht verziehen. Die traditionelle Langeweile der guten Gesellschaft erträgt man nicht, mag der Alltagsstrich noch so echt nachgemacht sein. Das Beste am Stück ist nicht der Dialog, der nur ganz selten aufblüht, sondern das fast stumme Vor- und Nachspiel. Dort ist der Ehemann, hier die Ehefrau Zeuge einer Untreue des andern. Der Mann ist das klassische Philosoph, der den Selbstergründung seiner Frau ruhig zuschaut, da er nichts daran zu ändern vermag und seinen Scheidungsstand will. Immerhin nimmt er schließlich dieselben Freiheiten für sich in Anspruch, die er ihr gewähren muß. Eine fast komische Rolle spielt sein Jugendfreund, der der leicht-sinnigen Frau ins Bewissen reden will und dabei ihr selber unter-liegt. Sein Bekennernum findet überall nur ironische Ablehnung. Grete Rosheim reißt halbwegs den Abend durch die natur-hafte Sicherheit und naive Selbstverständlichkeit, mit der sie das vogelbühnende Weibchen hinstellt. Um sie die beiden Männer: Paul Otto, der Mann von Welt und Johannes Riemann, der etwas äppische Karolprädiger, eine verspätete Identifizierung. Den hysterischen Lyp der Frau gibt die Ebinger, dem kameradschaft-lichen Ludmilla Hell — beide höchst charakteristisch. R. S. D.

Vortrag des Graphologen Schermann. Ein ausverkaufter Saal. Eine vor Erregung unruhige Menge. Das Geheimnis zu lüften, was jeden Charakter umschließt, über einen starken Reiz aus. Aber Schermann sagt nicht, wie es gemacht wird, nur wie und da zeigt er an einer Schrittprobe die verräterische Fußangel des Schicksals. Der da wollte sich erheben. Angeblicher Beweis: der Buchstabe B, der wie eine Fliege gebildet ist. Oder dieser energische Strich verläßt, daß der Schreiber etwas anderes anstrebt, als er sich und anderen

einredet. Schön, das können auch andere Graphologen herausfinden. Was Schermanns eigene Domäne zu sein scheint und was er in end-loser Wiederholung an projizierten Zeitungsausschnitten und An-erkennungsschreiben darzutun sucht, ist die Verbindung von Telepathie und Graphologie. Hier endet die trübselige Hochprüfung, hier beginnt der Glaube. So behauptet er, einen ihm vorgelegten Brief mit der ihm eigenen Gemütsruhe als den eines Toten zurückzugeben zu haben. Der Betreffende war eine kurze Zeit zuvor im Auto ver-unglückt, während die Familie ihn noch am Leben wähnte. Ober er rät einem jungen Mann davon ab, ein Flugzeug zu besteigen, da er in seiner Schrift ein brennendes Flugzeug gesehen habe. Der junge Mann fährt mit dem Schiff, und das Flugzeug verbrannt ohne ihn tatsächlich. So behauptet Schermann, so erzählen es seine erregten Anhänger nach. Da wir in einer Zeit leben, wo die einen den mystischen Schauer ebenso brauchen, wie andere etwa Kokain und Morphium, so ist der Erfolg derartiger Wunderangaben groß. Dennoch mischen sich in den Beifall, der für den genäh herab-ragenden Schriftsteller seine Beachtung hatte, vielfach Rund-gebungen des anschließenden Mißfallens. R. S.

Das Karwendelgebiet als Naturschutzpark. Dem Tiroter Landtag liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf vor, durch den das Karwendel-gebiet zu einem Naturschutzpark der Alpenländer erklärt werden soll. Die Grenze sollen im Westen die Hochebene von Seefeld-Scharnitz, im Norden die bayerische Grenze, im Osten das Kaffeegebiet, im Süden der Gebirgskamm der Annaler Nordkette sein. Dies wäre der größte Naturschutzpark, der bisher in Europa besteht.

Erstaufführungen der Woche. Sonntag Krollbühne: „Der Ruh“. Donnerstag Berliner Theater: „Knock-out“. — Kammerstücke: „Bronx-Erdbeere“. — Salmtheater: „Napoleon“. Sonnabend Theater am Kurfürstendamm: „Chéri“.

Die Volkstümlich bereitet als nächste Realisierungsmaßnahme „Man in the Moon“ im Theater am Bülowplatz vor. Die Regie übernimmt mit Erlaubnis der Intendant des Staatstheaters Gise Engel.

Vorträge. Ueber die Fortschrittsfahrt des „Meteor“ und über ihre Bedeutung für das Deutschland spricht der Expeditionsleiter Spiels Dienstag, 8 Uhr, im Institut für Meerestunde.

Die Theateraufführungen am Internationalen in Berlin haben bei den Designationaleisen des Landtags Anhalt erzeugt. Sie reagieren mit einer heilen Anfrage von wegen Förderung der allen geistlichen Seite.

Rail Überhand bringt am 27. 12 Uhr, im Renaissance-Theater ein vieraktiges Langspiel „Spiralen“ (Wahl von Udo Heinlein) zur Aufführung.

Jugoslav Dinos Jroentl spricht am 27. 11 Uhr, im „Widambra“-dino, Müllerstraße 100, über „Du und das Tier“, nach ihm spricht der Schriftsteller Unihan über „Wissenschaft im Örtseal“.

November in Dessau. Ein Drama des Berliner Schauspielers Richard Dutschka, nach zu Anfang des kommunistischen Jahres im Renaissance-Theater aufgeführt.

In aller Hülle. Das Brongebensmal Friedrich II., das vor dem Kriege vor der Reichsversammlung in Washington errichtet, dann aber unter dem Einfluß der Rätebestimmung entfernt worden war, ist gestern an der alten Stelle wieder in aller Hülle aufgestellt worden.

Buchhändler als „Hochverräter“.

Ein Jahr Festung für eine Gesinnung!

Leipzig, 25. November. (Eigenbericht.)

Am Freitag ging vor dem Reichsgericht nach fünfjähriger Verhandlung der Hochverratsprozess gegen den Buchhändler und Geschäftsführer Paul Zobel aus Berlin-Pankow zu Ende. Zobel war wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Republikflucht angeklagt. Er soll als Angestellter der Vereinigung der Internationalen Verlagsanstalten in Berlin kommunistische Literatur, die vom Oberreichsanwalt wegen Hochverratsinhalts verboten war, weitervertrieben haben. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er von dem Inhalt der meisten Schriften gar keine Kenntnis genommen habe und deshalb auch nicht wissen konnte, daß sie republikfeindliche Tendenzen verfolgten.

Das Gericht schenkte Zobel aber keinen Glauben. Es verurteilte ihn wegen Vergehens nach §§ 7 und 8 des Republikfluchtgesetzes und „Beihilfe zum Hochverrat“ entsprechend dem Antrag des Reichsanwalts zu einem Jahr Festungshaft und 300 Mark Geldstrafe.

Bei der Verkündung nahm der Senatvorsitzende Anlaß, die Kritik der Öffentlichkeit an den Literaturprozessen zurückzuweisen, da es sich, wie die Fälle bisher gelegen hätten, nicht um hohe künstlerische Werte, sondern um Schriften handele, die lediglich den Hochverrat vorbereiten sollten.

Diese Begründung und diese Ablehnung einer Kritik an den reichsgerichtlichen Urteilen mühen um so unwahrscheinlicher an, als erst vor wenigen Tagen die Einstellungsbegründung in Sachen Claß bekannt geworden ist. In dieser wurde die Buchstiftungsfähigkeit, wenn sie von rechts stammt, ausdrücklich als erlaubt erklärt, wenn sie nur auf den Artikel 48 der Verfassung beruht. Die kommunistische Bestimmung macht aber jeden Buchhändler verdächtig, „eventuell“ „möglicherweise“ „unter Umständen“ irgendwann einmal Hochverrat vorbereiten zu wollen. Kommunistische Gesinnung kostet ein Jahr Festung und 300 Mark Geldstrafe. Claß-Bestimmung hingegen ist gänzlich kostlos.

Der Reichsstädtebund protestiert.

Verwahrung gegen den Vorwurf der Verschwendung.

Der Gesamtverband des Reichsstädtebundes hat am heutigen Tage folgende einstimmige Entschließung gefaßt:

„Es ist unverantwortlich, daß in der Öffentlichkeit, auch von amtlichen Stellen, wiederholt Vorwürfe gegen die Ausgaben- und Anleihepolitik der Gemeinden im allgemeinen erhoben werden, die geeignet sind, die Finanzwirtschaft aller Gemeinden im Inlande und Ausland in Mitleidenschaft zu ziehen. Der Gesamtverband des Reichsstädtebundes weist im Namen der von ihm vertretenen mittleren und kleinen deutschen Städte derartige verallgemeinernde Vorwürfe als völlig unberechtigt zurück. Diese Städte, denen die Mittel zu vielen notwendigen Ausgaben fehlen, haben bereits seit längerer Zeit ihre Ausgaben auf das äußerste eingeschränkt und sind an den Auslandsanleihen nur bei den Sammelanleihen der Girozentrale mit geringen Anteilen beteiligt. Daß diese Anleihen ausschließlich für produktive Zwecke bestimmt waren, ist durch die Genehmigung der Beratungsstelle, welcher auch der Herr Reichsbankpräsident angehört, ausdrücklich anerkannt. Sollten amtliche oder sonstige Stellen etwaige Einzelverordnungen öffentlich beanstanden zu müssen, so erwartet der Reichsstädtebund, daß künftig insbesondere diese Einzelfälle genannt und nicht unzulässig verallgemeinert werden, was für die Gesamtheit der Gemeinden unerträglich ist.“

Gegen wirtschaftliche Nebenregierung.

Der Deutsche Landgemeindevorstand hat in mehreren eingehenden Beratungen zu dem Steuervereinfachungsgesetzentwurf Stellung genommen. Er stimmt der Regierungsvorlage grundsätzlich zu, weil auch er die Notwendigkeit der Vereinfachung des Steuerwesens und der Vergleichbarkeit der Steuerbelastung in den einzelnen Ländern und ihren Gemeinden ohne weiteres anerkennt.

Trotz der Befolgung dieser Grundtendenzen muß aber eine zu weitgehende Beschränkung der Gemeinden bei der Beanspruchung und Verwaltung der Realsteuern vermieden werden. Der Deutsche Landgemeindevorstand fordert eine baldige Abänderung des Reichsfinanzausgleichs, durch welche den Gemeinden ein erhöhter Anteil an den Reichssteuern gewährt werden muß.

Aus den weiteren Forderungen des Deutschen Landgemeindevorstandes ist noch die Heranziehung der freien Berufs- und Gewerbebesteuer hervorzuheben.

Wird insbesondere nachdrücklich spricht sich der Deutsche Landgemeindevorstand gegen die reichsgesetzliche Verankerung des Antragsrechtes der amtslichen Wirtschaftsverwaltungen aus. Es erscheint nicht angebracht und steht auch im Widerspruch zu der Verfassung, daß den Gemeindeparlamenten eine wirtschaftliche Nebenregierung zur Seite gestellt wird, die nach außen hin keine Verantwortung zu tragen hat.

Die Studienkommission genehmigt.

Einstimmiger Unterhaus-Beschluß.

London, 26. November.

Der Unterhaussprekator für Indien beantragte im Unterhaus die Ernennung eines Untersuchungsausschusses für die Klärung der indischen Verfassung zu genehmigen. Nachdem zunächst die Arbeiterpartei sei für die betreffenden Vorschläge nicht verantwortlich, Baldwin erklärte, die Regierung betrachte den Plan als wirksam für die Lösung der Verfassungsfrage Indiens. Die Regierung wüßte die Meinung aller Leute zu hören, die guten Willens seien, ob Briten, ob Indier. Das Haus nahm den Antrag einstimmig an.

Zigarettenarbeiterstreik und gegenseitige Hilfe. Der Gedanke, daß sich im Augenblick größter Not das Proletariat nicht nur auf gesetzgeberische und materielle Hilfe verläßt, sondern auch den Versuch zu unmittelbarer gegenseitiger aktiver Hilfe macht, ist zwar nicht neu, aber praktisch noch viel zu wenig in Übung. Unser Genosse M. G. Böden, Berlin R, Brunnenstr. 157, macht den Vorschlag, er erklärt sich bereit, einen 9 bis 12 Jahre alten Sohn eines ausgeperrten Zigarettenarbeiters für die Dauer des Streiks unentgeltlich in Pflege zu nehmen. Wenn dem Beispiel Nachfolge erwünscht wird, manchem armen Zigarettenarbeiterkind doch noch ein fröhliches Weihnachtsfest bereitet werden.

Ein Leichenstandal in Potsdam.

Die Folgen von religiösem Fanatismus.

Wir haben wiederholt über die religiöse Seite des Herrn Weichenberg berichtet, der vorgibt, Wunder vollziehen, Krankheiten heilen und Tote zu neuem Leben erwecken zu können, und wir haben das Treiben dieses Mannes scharf geißelt. Die Folgen, die ein solcher Unfug haben kann, zeigen sich besonders scharf an einem Fall, der sich seit einigen Tagen in Potsdam abspielt.

In dem Hause Jägerstr. 10 verstarb am Donnerstag, morgens gegen 8 Uhr, der 69jährige Grüntram- und Lebensmittelhändler Louis Kade nach zehnwöchigen schweren Krankenlagern an Magenkrebs. Der Arzt stellte den Totenschein aus und vermerkte, mit Rücksicht darauf, daß das Sterbezimmer unmittelbar neben dem Verkaufsladen liegt, solle der Tote aus der engen Behausung noch am Donnerstag fortgeschafft werden. Statt dessen läßt aber die Witwe die Leiche durch einen Bruder der Weichenbergs durch Aufkantung von heißen Dampfen erwärmen, da der Weichenbergbruder und die Witwe des Verstorbenen nicht an den eingetretenen Tod glauben wollen. Heute früh ist die Witwe mit einem Weichenbergbruder nach Berlin gefahren, um das Oberhaupt der Seite, das in Berlin, Gleimstr. 42, wohnt, an das Totenbett zu rufen. Inzwischen haben die empörten Hausbewohner die Polizei benachrichtigt, und diese ist inzwischen in der Wohnung eingetroffen und wartet nun noch pietätvoller Weise bis 12 Uhr mittags auf die Rückkehr der Witwe, um dann den Toten unter Beistand der Polizei auf dem Hause entfernen zu lassen.

Unser Berichterstatter nahm Gelegenheit, die Angehörigen des Kade zu sprechen. Auf die Frage, weshalb die Leiche nicht fortgeschafft wurde, erklärte die Tochter des Verstorbenen, daß ihre Mutter vollständig unter dem Bann des Kaufmanns und Heilmagnetiseurs Helmut Holz, Wollteufel 46 zu Potsdam, stünde, der ein Weichenbergbruder sei. Er hat die Mutter dahin befehligt, daß der Tote durch die magnetischen Kräfte und durch starken Glauben wieder erweckt würde. Seit der Todesstunde stellt Holz ein Totenbett und bestreicht die Leiche von oben bis unten. Noch jetzt liegt der Verstorbene in seinem Krankenbett bis zum Hals mit einem Federbett zugedeckt, trotzdem die Zerlegung bereits begonnen hat. Aus einem Türflügel des Lebensmittelschüttes sieht man in das Totenzimmer hinein. Weichenberg hat hier in Potsdam eine große Anhängerzahl, und jeden Dienstag läßt er Andachten durch seine Brüder im Alten Fritz veranstalten. Bücher, die von Weichenberg ausgegeben werden, zeigen eine Hand von ihm, die angeblich Stigmatamerkmale aufweist.

Die Schuld an diesem ungläublichen Vorfall trifft weniger Frau Kade als den Sektklerer Weichenberg, der mit unbilligen Nebenmenschen, die schon von Natur krank oder überreizt sind, fanatisiert und verwirrt hat. Hoffentlich werden die Behörden gegen das wüste Treiben des Mannes mit allen Mitteln energisch einschreiten!

Bewegte Szenen im Norddepreß.

Wendung im Fall Bleichröder-Herschel. — Die Jagd nach dem entführten Kinde.

Köln, 26. November.

Der Fall Bleichröder-Herschel hat eine neue Wendung genommen. Noch bevor sein Schwager Edgar v. Bleichröder in Dresden aus der Haft entlassen war, hatte sich der Vater des entführten Kindes, der Kaufmann Herschel, in Begleitung eines Detektivs nach Paris begeben. Herschel brachte in Erfahrung, daß seine Gattin mit dem Kind in einem Villendorfer von Paris wohnte. Bevor er aber den Versuch machen konnte, sich seines Sohnes zu bemächtigen, kam ihm ein Zufall zu Hilfe. Frau Herschel hatte inzwischen die Nachricht von der Verhaftung ihres Brubers erhalten. In ihrer Angst um den Bruder beschloß sie nun, ihr Kind mit der Erzieherin nach Deutschland zurückzusenden.

Am Freitag mittag brachte Frau Herschel ihr Kind und die Erzieherin zum Norddepreß. Sie hatte keine Ahnung, daß ihr Gatte ihr in einem zweiten Kraftwagen gefolgt war. Auf dem Bahnhof selbst hielt sich Herschel und der Detektiv bis kurz vor der Abfahrt zurück. Die Mutter holte sich gerade von ihrem Kinde verabschiedet, als sie zu ihrem Schrecken sah, daß ihr Mann im Augenblick, als das Signal der Abfahrt gegeben wurde, mit seinem Begleiter in den Zug sprang.

Im Zuge selbst beharrte sich Herschel zunächst darauf, das Weib, in dem sich sein Kind befand, zu überwachen. Aus rechtlichen Gründen machte Herschel auf französischen und belgischem Boden keinen Versuch, sich seines Sohnes zu bemächtigen. Erst als bei Herbestadt die deutsche Grenze erreicht war, eröffnete er der Erzieherin, daß sie nunmehr mit dem Kleinen ihm zu folgen habe. Die Erzieherin lieferte dem Vater das Kind aus.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Dresden Frau Herschel ihres Geistes gewisshat, so daß sie wahrscheinlich in den nächsten Tagen nach Deutschland zurückkehren wird. Vielleicht wird bis zu ihrem Eintreffen auch bereits eine Entscheidung des Brandenburgischen Obergerichts über den Antrag, das Kind vorläufig der Obhut der Mutter zu überlassen, ergangen sein. Im Augenblick ist jedenfalls der kleine Streub wieder bei seinem Vater.

Auto gegen Straßenbahn.

In der vergangenen Nacht stießen an der Kreuzung der Bülcher- und Barmwalddstraße ein Privatauto und ein Straßenbahnwagen der Linie 41 zusammen. Der Kraftwagen wurde von seinem Besitzer, dem 39jährigen Fabrikanten Georg Schulz aus der Weststraße 91 in Neuföhlen geführt. Infolge des Zusammenstoßes erlitten fünf Personen mehr oder weniger erhebliche Verletzungen, die ihre Ueberführung in das Urban-Krankenhaus notwendig machten. Es sind beteiligt: der Fahrtant Georg Schulz, der 24jährige Angestellte Erwin Gobbert aus der Bergstraße 27 in Neuföhlen, Frau Martha Fren aus der Cohnstraße 26, der 39jährige Kaufmann August Raddach aus der Bergstraße 30 in Neuföhlen und die 44jährige Elise Liedel aus der Wäckerstraße 71. Schulz und Raddach wurden im Urban-Krankenhaus verbleiben. Die Art der Verletzungen konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Gobbert, Frau Fren und Fräulein Liedel konnten nach Auflegung von Röntgenstrahlen in ihre Wohnungen gebracht werden. Fräulein Liedel und Frau Fren haben Glas splitterverletzungen, Gobbert hat Armverletzungen davongetragen. Fräulein Liedel und Frau Fren waren Fahrgäste der Straßenbahn, die übrigen Insassen des Autos, das vollständig zertrümmert wurde. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen soll die Schuld den Kraftwagenführer treffen. Auch der Straßenbahnwagen ist schwer beschädigt und mußte aus dem Betrieb gezogen werden.

Ami dem Wege zum Einheitsstaat.

Ran schreibt uns: Doch nicht nur die großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, sondern auch die Bedürfnisse einzelner Berufsstände zwangmäßig auf den Weg zum Einheitsstaat bzw. zur Vereinheitlichung unserer in Reichs- und Landesrecht zerstückelten Gesetzgebung führen, zeigte ein Vortrag, den Ernst Urban kürzlich in der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft in Berlin gehalten hat. In dem Vortrag, in dem die bedenkliche Zerstückelung unserer Arzneimittelgesetzgebung und die Notwendigkeit einer einheitlichen Gestaltung im Deutschen Reich nachgewiesen wurde, machte der Redner u. a. folgende Feststellungen: Seit Anfang 1920, also in acht Jahren, sind im Deutschen Reich auf dem Gebiete des Arzneimittelwesens nicht weniger als 67 Serien gleichlautender, auf einem einheitlichen Muster beruhender Landesrechtlicher Verordnungen zu verzeichnen. Die Ziffer bleibt an sich hinter der Wirklichkeit noch zurück, da dabei einzelne Materien nicht berücksichtigt sind. 67 Serien bedeuten, da jede Serie zu ihrer Komplettierung 18 Einzelverordnungen erfordert, im ganzen 1206 solcher Einzelverordnungen in acht Jahren auf einem eng begrenzten Gebiete. Auch ein Beweis, wie eine Fülle von Beeinträchtigungen bei uns infolge der Schwermüdigkeit der Gesetzgebung entsteht wird. Denn bestünde eine reichsgesetzliche Ermächtigung zur Entrohung solcher Maßnahmen durch Reichsverordnung, wie sie jetzt durch ein Reichsarzneimittelgesetz geschaffen werden soll, dann wären statt der 1206 nur 67 Verordnungen nötig gewesen.

Vorsicht vor Anwertungsverbänden.

Seit Ende September dieses Jahres sind in sehr vielen Zeitungen des In- und Auslandes, besonders auch in kleineren Provinzialblättern Inserate verschiedener Verbände erschienen, die für ihre Mitglieder die zehnprozentige Anwertung und Auszahlung der alten Reichsbanknoten in Aussicht stellen.

Begreiflicherweise haben die Inserate den von den Inserenten gewünschten Erfolg erzielt, da sehr zahlreiche Besitzer von Vorkriegsgeld die für die in Aussicht gestellte Anwertung unerlässliche Mitgliedschaft erworben haben. Die Verbände denken sich das Verhältniß so, daß aus den Zinsgewinnen der Mitgliederbeiträge und den zu zahlenden Gebühren Mittel für die Auszahlung genommen werden. Zahlreiche Interessenten haben inzwischen wegen der Tätigkeit dieser Verbände Strafanzeige erstattet, die von der Staatsanwaltschaft II Berlin beim Polizeipräsidenten von der Dienststelle D 1 bearbeitet werden. Auch bei reeller Handhabung des beabsichtigten Anwertungsanspruchs können nur sehr wenige Besitzer von angemeldetem Vorkriegsgeld darauf rechnen, in absehbarer Zeit bei der Auszahlung berücksichtigt zu werden.

Der Kampf um den Mieterzuschuß.

Um alle Parteigenossen, die am Mieterzuschuß interessiert sind, über die Vorgänge im Wohnungsausschuß des Reichstages und die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu unterrichten, sprach gestern in den Sophienhallen Genosse Reichstagsabgeordneter Lipinski über das Thema: „Der Kampf um den Mieterzuschuß im Wohnungsausschuß des Reichstages.“ Die Stellung der Sozialdemokratie, so führte er aus, ist klar und eindeutig: Wir kämpfen mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung, ja für den Ausbau des Mieterzuschusses. Der Mieter als wirtschaftlich Schwächerer müsse gegen die Mächtig und die Annäherung des Hausbesitzes geschützt werden. Dies sei besonders notwendig, solange die noch immer bestehende Wohnungsnot weite Kreise der Bevölkerung zwingt, sich mit Wohnungen zu begnügen, die den hygienischen Anforderungen nicht entsprechen. Deshalb unterbreite sich die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Wohnungsausschuß des Reichstages scharf von der Einstellung der Schöpfer des Hausbesitzes, der Deutschnationalen und vor allem der Wirtschaftsparteiler. Die Fortdauer der gegenwärtigen Bindung der Raumwirtschaft sei unbedingt zu verlangen, jedoch weiteren Abbröckeln der Mieterzuschußbestimmungen werde die Partei zu wehren suchen. Diesen Standpunkt hätten die Vertreter der Fraktion im Laufe der Verhandlungen immer fest vertreten. Es sei klar, daß hierbei die wirtschaftlich Schwächeren, die Kriegs- und Sozialrentner, die Arbeitslosen usw., besonders berücksichtigt werden müßten. In diesem Sinne habe sich die Sozialdemokratie bisher betätigt, und so werde sie es auch weiter halten!

Benesch, Majarat und die Tschchoslowakei.

In den Räumen des Bundesvereins freirechtlicher Arbeiter, Albrechtstr. 11, sprach unter Vorsitz von Professor Karl Schäfer der Berliner Stadt Dr. Leopold Silberstein über das fachen in tschechischer Sprache erschienenen Werk des Ministers Benesch über „Der Weltkrieg und die tschechische Revolution“. Der Redner moß zunächst die Verbindlichkeiten von Majarat, Benesch und ihrem verstorbenen Mitkämpfer Stianek auf Grund des Wertes psychologisch gegeneinander ab und verfolgte dann Benesch's Rolle bei der Schaffung des tschechoslowakischen Staates, indem er nachwies, daß dieser Staatsmann es stets verstanden hat, unweit von allen Tagesströmungen ein weites, fast phantastisches Ziel im Auge zu behalten und daß die ungewöhnlich günstige Stellung der Tschchoslowakei vor allen anderen Nachfolgestaaten darauf beruhe, daß Majarat und Benesch nach der Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen die offizielle Anerkennung eines Staates und einer Regierung, die auf ein Heer gestützt war, in kürzester Arbeit hatten durchsetzen können. Den Schlüssel der Ausföhrungen bildeten Mitteilungen über Benesch's Standpunkt zur Kriegsschlichtung und zur Frage der Erfolge- und Freiheitsausföhrten während des Weltkrieges, die manches neue Moment brachten.

Bevor die Wahlrechtsreform wird Oberregierungsrat Dr. Ritter im Deutschen Republikanischen Reichsbund am Dienstag, den 29. November, abends 8 Uhr, im Saal des Demokratischen Klubhauses, Viktorienstraße 24, sprechen.

Winterportreise des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet in der Zeit vom 7. bis 16. Januar 1923 eine Winterportreise nach Druski Petriok. Die Reise führt über Wladimir nach Kurland, Riga und Jell am See nach Czibug. Von hier erfolgt die Rückreise über Wladimir nach Berlin. Der Gesamtpreis beträgt 100.— M. von Berlin bis Berlin, von Wladimir bis Riga 110.— M. Einzelkarte 50.— M. Anmeldungen an den Oesterreichisch-Deutschen Volksbund, Berlin NS 40, Kronprinzenufer 19.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Die Zuchtrevolte niedergeschlagen.

Im Laufe des Jahres konnte die große Rauterei im Zuchtrevolte niedergeschlagen werden. Die russischen Zuchtrevolte sind bedingungslos nach einer achtzehntägigen Befragung, nachdem der Geländedirektor ihnen mitschickte hatte, daß er das Gebäude unter Wasser setzen lassen würde. Sie leisteten die Waffen freiwillig ab und auch die Wäcker, die sie als Gefellen behalten hatten, sind unentgeltlich gelassen. Die Zahl der Toten beträgt insamt neun, zwei weitere Verletzte liegen im Sterben.

Die große Eisenbahnlinie Clou-Maximale ist am Freitag durch einen Bergbruch in der Gegend von Serres auf einige hundert Meter Länge vollkommen durchbrochen worden, so daß der gesamte Zugverkehr unterbrochen wurde.

Die Beurteilung der Aussperrter.

Einmütig - von links bis rechts!

In der "Deutschen Zeitung" bezieht sich der frühere christliche und jetzt deutschnational-vaterländische Johannes Wolf, Reichstagsabgeordneter, mit der Zigarettenarbeiterausperrung. Es könne nicht daran gerüttelt werden, daß die meisten Arbeiter Deutschlands durch ihren Streik Tarifbruch begangen haben. Der Verband müsse entweder finanziell dafür haften gemacht werden oder aber die betreffenden Arbeiter aus der Organisation ausschließen.

Gar nicht zu verantworten aber ist, daß ein Arbeitgeberverband auf einen so geringfügigen Anlaß hin eine solche Rielenausperrung vornimmt. Wie nun unterrichteten glaubwürdigen Personen berichtet wird, steht eine große Zahl der Arbeitgeber des Gemettes dieser Aussperrung ablehnend gegenüber. Nur widerwillig und weil sie durch hohe Konventionalkraft zum Mitmachen gezwungen werden können, haben sie auch ihre Arbeiter ausgesperrt.

Den Aussperrern macht Wolf dieses folgende Kompliment:

„Die Sozialdemokratie wird von dem Verhalten der Arbeitgeberinndi in der Tabakgewerbe außerordentlich erfreut sein. Wenn diese Gnade für ihre Dienste, die sie der Sozialdemokratie mit dieser Aussperrung leisten, besonders bezahlt würden, dann könnten sie keine bessere Arbeit leisten. Demjenigen Arbeitgeber aber, welche gegen ihren Willen gezwungen werden, ihren Arbeitern die Feindschaft anzulegen, kann gar nicht dringend genug geraten werden, aus diesem Arbeitgeberverband sobald als möglich auszutreten.“

Die Sozialdemokratie bedarf nicht erst solcher Rielenkummenheiten ihrer Gegner. Sie liefern ihr ohnedies Stoff in Hülle und Fülle.

Aber auch Herr Wolf, der die Aussperrung für die Schaffung einer „gewissen (d. h. gelben) Berufs- und Schicksalsgemeinschaft“ ausschloß, möchte, hilft dabei mit. Es ist für diesen „Arbeitgeberführer“ bezeichnend, wenn er in seinem Artikel vollständig daran vorbeigeht, „wie die Lebensverhältnisse der Tabakarbeiter im Augenblicke sind“. Eben darauf kommt es an, weil es darum geht, diese trübenden Lebensverhältnisse ein wenig zu bessern.

Immerhin können die „einmütigen“ Aussperrter auch von dieser Seite vernehmen, daß die Beurteilung ihrer Generalausperrung durch die öffentliche Meinung allgemein ist.

Nach den 21 Punkten.

„Berleumde nur tüchtig drauf los...“

Seit Jahren betreibt die „Rote Fahne“ eine systematische Hege gegen die beiden Vorsitzenden des Verbandes der Reichsmittler und Metzger, unsere Genossen Klebe und Schlichting. Weil sie „reformistische“ Gewerkschaftsführer sind. Gegen Schlichting insbesondere, weil er außerdem sozialdemokratischer Stadtrat ist und als solcher den lebenswichtigen Berken der Reichsgemeinde Berlin vorsteht, die kommunalpolitisch die Gurgel darstellt, an der das Leben Berlins zu fassen ist: die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte.

Der den Säurien zugrunde liegende Sachverhalt ist aus der gestrigen Gerichtsverhandlung bekannt. Nachdem sich ein Verhandlungstag mit der Angelegenheit befaßt und den Verdächtigen durch Wiederwahl sein Vertrauen kundgetan hatte, mußte jeder unabhängige Mensch von der Haltlosigkeit der Beschuldigungen überzeugt sein.

Darauf stützte sich natürlich auch Genosse Klebe, der in seiner beneideten Ruhe die „Rote Fahne“ weiter schimpfen und heulen ließ, ohne sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Die „Wahngangseinrichtungen“, die den beiden Vorsitzenden angeblich imbitrat auf Verbandsstößen geliefert worden sein sollten, waren Bureau Möbel im Werte von insgesamt zweihundert Mark.

Jetzt, nachdem die Hintermänner der „Roten Fahne“ vor Gericht erklären mußten, sie seien überzeugt, daß die von ihnen erhobenen Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können, müßte man annehmen, daß das „einzigste Arbeiterblatt“ nun endlich seine Berleumdungskampagne einstellen würde. Weit gefehlt! Es müßte nicht das Organ der Politik der 21 Punkte sein, das die einfachsten Anstandsregeln als „Pfechbürgerlich“ abgelehnt hat. Das Blatt bringt heute den Wortlaut des Vergleichs. Er lacht seine bisherige Berleumdungaktion zu rechtfertigen. Dennoch muß selbst die „Rote Fahne“ zugeben:

„Schlichtung gelang es in der geitricen Verhandlung, Material darüber zu erbringen, daß diese Möbel (Bureau Möbel! Red. des „Borm“) in ganz legaler Weise für Verbindungswege Verwendung fanden.“ Weiter:

„Daß Schlichtung und Klebe persönliche Vorteile aus der Preisdifferenz gezogen haben, konnte nicht bewiesen werden.“

Eber - es muß doch was hängen bleiben! -

„Dennoch sind Klebe und Schlichting nicht als rein gewöhnliche Vagel aus der Verhandlung hervorgegangen.“

Dafür werden „Tatfachen festgestellt“: Klebe und Schlichting haben einen „erheblichen Mehrpreis für die Schreibmaschine bezahlt. Klebe und Schlichting haben mit dem Verbandsvermögen nicht so gewirtschaftet, wie es dem Verbandsinteresse entspräche. Jetzt steht auch, daß unforterzte Buchungen vorgenommen wurden. Jetzt steht noch allem die Tatsache, daß das Verbandsvermögen in inforterter Weise verbraucht wurde.“

Die Kläger waren zu anständig; so anständig, daß sie sich verpflichteten, die Kosten für ihre Anwälte und Zeugen zu übernehmen. Das benutzt die „Rote Fahne“ mit zu dem neuen Strid: „Der Prozeß stellt also durchaus keine Ehrenrettung für die Schlichtung und Klebe dar.“

Niedriger hängen!

Der Bauanschlägerstreik beendet.

Wie wir vom Metallarbeiterverband erfahren, haben heute auch die Unternehmer den vom Schlichter für Groß-Berlin gemachten Vergleichsvorschlag angenommen, so daß der Bauanschlägerstreik mit einem Erfolg beendet worden ist. Die streikenden Bauanschläger beschloßen in ihrer Versammlung am heutigen Vormittag, die Arbeit am Montag früh in allen bestreitenden Betrieben geschlossen wieder aufzunehmen.

Wenn auch die Forderungen der Bauanschläger nicht reiflos erfüllt worden sind, so ist doch der Erfolg nicht gering. Der Ausgang dieser Bewegung zeigt wieder einmal, daß nicht nur die Schlichtungsinstanzen eine gut organisierte Arbeitergruppe respektieren müssen, sondern auch die Unternehmer.

Die Unternehmer wußten sehr gut, daß die Bauanschläger ihren Kampf in vollster Einmütigkeit noch wochenlang weitergeführt hätten, wenn sie noch länger den starken Mann gespielt und den Vergleichsvorschlag abgelehnt hätten.

Wetterleuchten im Reichsbahnbetrieb.

Aus Magdeburg wird uns berichtet: Da bestrahlt wurde, daß Magdeburg bei der Erhöhung der sogenannten Ortslohnzulage nicht berücksichtigt werden sollte, bemächtigte sich der Belegschaft des Reichsbahnauslieferungswertes Magdeburg-Budau, das über 1000 Arbeiter beschäftigt, eine große Erregung. Sie führte kurzlich zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen der Belegschaft und der Betriebsdirektion.

Nach der Frühstückspause forderten die Arbeiter vom Betriebsrat die Einberufung einer Versammlung, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Der Betriebsrat unterbreitete die Forderungen der Belegschaft der Betriebsdirektion, die Betriebsdirektion setzte sich mit der Mutterdirektion in Dresden in Verbindung. Aus Dresden kam daraufhin die Anweisung, die Belegschaft zum Weiterarbeiten aufzufordern. Diese Aufforderung schlug erst recht dem Hoch der Begeisterung. Die Belegschaft erklärte, daß sie nicht eher die Arbeit aufnehmen werde, bis sie Gemütsheil habe, daß die Verhandlungen beschleunigt zu einem Ergebnis würden. Die Erregung erlosch auch das Güterboden- und Rangierpersonal und kam besonders in der Umkleehalle Budau zur Entladung.

Erst nachdem die Dienststellenvorstände ausdrücklich die Notlage ihrer Bediensteten anerkannt haben und das Versprechen abgegeben, sich bei der Direktion und bei der Hauptverwaltung für die Durchführung der Forderungen einzusetzen, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Was nun weiter geschehen wird, vermögen wir nicht zu sagen. Die Langmut der Eisenbahner ist zu Ende. Nach den Vorfällen in Hamburg, Dresden und Halle der Vorgang in Magdeburg. Es ist eigenartig, daß, kommt es irgendwo zu Unruhen, nehmen die Vermittlungsbeamten die Hilfe der Gewerkschaftsorgane des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands in Anspruch. Auf die Dauer wird das nicht helfen, wenn das notwendige Entgegenkommen der Reichsbahngesellschaft ausbleibt.

Achtung, Staker!

Nach jahrelangen Kämpfen ist es den Stakern gelungen, durch vierwöchigen Streik in diesem Jahre neben erheblicher Lohn-erhöhung auch die Arbeitsnachweisfrage zu regeln. Im § 10 des Stakerarbeitsvertrages heißt es: „Alle Arbeitskräfte müssen durch den Arbeitsnachweis Gormannstraße bezogen werden.“ Insofern halten es die im IWBV organisierten Staker, welche als Errungenschaften des Stakervertrages noch auszuweisen, nicht unter ihrer Würde, auch jetzt noch das sogenannte „Rinkenpucken“ fortzusetzen, an der Spitze die Leitung der Staker des Industrieverbandes Kluge, Schätner und Konforten. Leider haben sich durch dieses schlechte Beispiel auch einige Kollegen des IWBV anstecken lassen, daselbst zu tun. Kollegen, denkt daran, wie entwürdigend dieses Verhalten ist; konnten doch Unternehmer, die nicht dem Verband der Unternehmer angehören, sagen: „Was soll ich machen, die Staker kommen und stellen; ich als Außenleiter brauche den Vertrag nicht einzuhalten.“ So sehen die Revolutionäre des IWBV aus. Kollegen, fragt die in Arbeit tretenden Staker, wo sie herkommen, denn kein Staker hat das Recht, ohne Nachweis Arbeit anzunehmen. Denkt an den jahrelangen Kampf in der Arbeitsnachweisfrage, schafft geordnete Zustände, indem ihr die Bestimmungen des Vertrages einhältet, dann werden auch die Außenleiter auf Unternehmerseite den Nachweis benutzen müssen. Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe Staker.

16 300 Zunahme im Berliner Verkehrsbund.

Es geht in den deutschen freien Gewerkschaften wieder unaufhaltsam vorwärts. Aus allen Orten kommen Mitteilungen, daß die Gewerkschaften zum Teil ganz erhebliche Mitgliedergewinne im Laufe dieses Jahres erzielt haben. Wir haben im „Vorwärts“ schon mitgeteilt, wie stark die Mitgliederzunahme insgesamt in einzelnen Organisationen in den drei Quartalen dieses Jahres gemessen ist. Wie wir erfahren, hat die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Verkehrsbundes bis zum 31. Oktober dieses Jahres insgesamt 16 300 neue Mitglieder gewonnen, wobei noch nicht die Uebertritte aus anderen Organisationen eingerechnet sind. Sollte diese Entwicklung bis zum Schlusse des Jahres anhalten, was zu erwarten ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß der Verkehrsbund sich noch in diesem Jahre zur stärksten Organisation in Berlin aufschwinge.

Zur Information für die Mitglieder weisen wir noch darauf hin, daß das Fernsprechkami Morihplatz am Montag, den 28. November auf Selbstanschlußbetrieb umgestellt wird und die Berliner Ortsverwaltung von diesem Tage an nur noch unter F 7, Sannowig 61 21 telephonisch zu erreichen ist.

Mosa-Effi.

Praktiken eines Standalblattes.

Bereits vor einiger Zeit mußten wir uns mit den „BBN“ beschäftigen, weil dieses Blatt den Portier im Café Vaterland angriff und seine Entlassung forderte. Jetzt brachte das Blatt in

seiner Nr. 44 einen Artikel mit der Ueberschrift „Sittenkandab im Mosa-Effi“.

In diesem Artikel wird ebenfalls versucht, gastwirtschaftliche Arbeitnehmer herabzuziehen, durch die Behauptung, daß Servierern in diesem Betriebe nur eingestellt würden, nachdem sie durch Herrn Etti gemessenhaft und umsichtig auf dem Sofa seines Privatbureau geprüft wurden.

Dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wird durch den Betriebsrat des Mosa-Effi mitgeteilt, daß die in diesem Betriebe beschäftigten organisierten Servierern sich durch diese Schandlügen und unwarhen Behauptungen beleidigt fühlen. Das Vorgehen dieses Blattes ist einfach ein Standal. Der Verband wird gegen das Blatt vorgehen, und es wird notwendig sein, daß Herr Etti sich diesem Vorgehen anschließt.

Wahlerfolg in Breslau.

Einen großen Wahlerfolg erzielten die freien Gewerkschaften in Breslau bei der Wahl der freien Gewerkschaften in der Ortskrankenkasse. Das Ergebnis ist um so bedeutsamer, weil die freien Gewerkschaften nur eine Wahlkategorie anwandten und somit auf die Disziplin ihrer Mitglieder bauten. Von der Herausgabe von Flugblättern wurde grundsätzlich Abstand genommen.

Die „Christen“ hingegen, die ihren gesamten Reichsnachwuchs evangelischen und katholischen Männer-, Frauen- und Jugendvereinen auf die Beine brachten, überfluteten die Stadt wiederholt mit Flugblättern ärgsten Inhalts gegen unsere Vertreter in den Kassenorganen. Sie ließen für ihre Werbearbeit Kanzeln und Kirchen mißbrauchen.

Alles aber hat ihnen nichts geholfen, denn sie büßten noch mehrere Sitze ein. Von 36 555 Stimmen erhielt

die Liste 1 der freien Gewerkschaften . . . 27 570
die Liste 2 der christlichen Gewerkschaften 8 985

so daß künftig die freien Gewerkschaften im Ausschuß 30, im Vorstand 12 Sitze haben, die christlichen Gewerkschaften im Ausschuß nur 10, im Vorstand nur 4 Sitze innehaben.

Sie haben demnach in diesen Organen nichts mehr zu bestimmen, selbst wenn sie, wie früher des öfteren, mit den Arbeitgebern zusammenstimmen sollten.

Berschärfung im Thüringer Textilkonflikt.

Die Unternehmer drohen - und rufen um Hilfe.

Im Textilbezirk Westthüringen haben die Belegschaften der Strickerbetriebe Mülhhausen und zweier Weberereien in Langensalza als Antwort auf den völlig ungenügenden Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Erurt die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eingereicht. Somit werden heute 1500 Textilarbeiter in den Streik treten. Als Gegenmaßnahme haben die Unternehmer der Textilarbeiter des gesamten Bezirks zum 3. Dezember die Aussperrung angekündigt. Von der Aussperrung würden circa 9000 Textilarbeiter betroffen werden. Vorforglich haben die Unternehmer jedoch gleichzeitig beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Erurt beantragt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien zum 28. November zu Verhandlungen nach Berlin geladen.

Theater der Woche.

Vom 27. November bis 5. Dezember.

Hollschüler. Theater am Bülowplatz: 27. 28. 1. 3. Hofmann. 28. 29. 2. 3. 4. Opern. Theater am Schiffbauerdamm: Schiller des Ruhms. 28. 29. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Kadmittagsveranstaltungen. Hollschüler. Theater am Bülowplatz: 27. 28. 1. 3. Hofmann. 28. 29. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462.